

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

**KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik
hier: Einrichtung des Preises**

Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis						
	Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig
Rat	29.01.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Finanzausschuss	28.01.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Soziales und Senioren	10.01.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Rat beschließt die Einrichtung des KIB – Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik. Als Preisgeld werden insgesamt 5.000 € festgelegt und für die Veranstaltung zur Preisverleihung 5.000 € bereitgestellt.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme 10.000 €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten _____ €	b) Sachkosten _____ €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)			Einsparungen (Euro)			

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Auf Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 19.06.2006 hat die Stadt die Erklärung „Die Stadt und die behinderten Menschen“, die sog. Erklärung von Barcelona unterzeichnet. Damit ist sie die Verpflichtung eingegangen, Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen zu initiieren und zu unterstützen.

Im abgelaufenen Jahr 2007 wurden die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen nochmals deutlich erweitert. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurde in der Hauptsatzung der Stadt Köln verankert. Für die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen wurde über die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Möglichkeit geschaffen, sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen in die Fachausschüsse zu entsenden, die sich mit behindertenrelevanten Themen befassen.

Großen Nachholbedarf gibt es aber nach wie vor bei der Barrierefreiheit unserer Stadt. Gleichzeitig stellt uns der Abbau von Heimplätzen zugunsten der vielfältigen Formen des ambulant betreuten Wohnens verstärkt vor die Aufgabe, die Teilhabemöglichkeiten dieser Menschen am Leben in der Stadt und in ihrem Viertel zu verbessern.

Der Förderpreis soll dazu beitragen, gute und gelungene Beispiele für den Abbau von Barrieren und die Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten hervorzuheben, die Akteure zu ermutigen und Beispiele zur Nachahmung geben.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr. 1